

1

5

10

15

20

25

30

35

40

45

W 28*Antragsteller: Landesverband Hamburg*

50

***Aktuelle Bahnpolitik:
Privatisierung endgültig stoppen –
Investitionen und Arbeitsbedingungen
sichern***

55

60 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert:

- alle Pläne für einen Börsengang ohne reines Volksaktienmodell aufzugeben. Insbesondere muss der Versuch eingestellt werden, mit einem Holding-Modell eine Zerschlagung oder eigentümerische Trennung in verschiedene Sparten – eventuell unter Umgehung des Parlamentes – vorzubereiten und nach den Landtagswahlen im Frühjahr 2008 durchzusetzen;

65

**Annahme und Weiterleitung an:
SPD-Bundestagsfraktion**

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 – im Bahnsektor einen branchenspezifischen Mindestlohn nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) durchzusetzen und Vergaben an die Tariftreue zu binden;</p> <p>5 – mit einer ausreichend ausgestatteten, verbindlichen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Investitionen in das Netz zu sichern und kontrollierbar auszugestalten sowie über das Trassenpreissystem die Investitionsanreize in das Netz zu stärken;</p> <p>10 – dafür zu sorgen, dass der Finanzierungsbedarf für den Verkehrsträger Schiene dauerhaft aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird, zumal insbesondere unter den aktuellen Gegebenheiten auf den Finanzmärkten eine Einbeziehung privater Investoren nur zu sehr ungünstigen Konditionen geschehen könnte.</p>	
<p>Begründung:</p> <p>15 Der Bundesparteitag der SPD in Hamburg hat deutlich gemacht, dass die SPD mit überwältigender Mehrheit eine Zerschlagung der DB AG und einen Verkauf an Großinvestoren ablehnt. Es war und ist deutlich erkennbar, dass die SPD wünscht, dass – insbesondere wenn die Realisierung des Volksaktienmodells scheitert – die DB AG allein in öffentlichem Eigentum und öffentlicher Verantwortung bleiben soll.</p>	
<p>25 Antrag W 29</p>	<p>Erledigt bei Annahme von W 28</p>
<p>Antragsteller: Bezirk Hessen-Süd</p>	
<p>30 Keine Privatisierung der Bahn – öffentliches Eigentum verteidigen!</p>	
<p>35 Die AfA lehnt den Börsengang und damit die Privatisierung oder Teilprivatisierung der Bahn entscheiden ab. Dies gilt ausdrücklich auch für das so genannte „Volksaktien“-Modell. Die Bahn muss vollständig im öffentlichen Eigentum bleiben. Die AfA fordert die SPD-Bundesminister und die SPD-Bundestagsfraktion auf, gegen die geplante Privatisierung der Bahn zu stimmen.</p> <p>40 Die AfA fordert die Bahn auf, endlich ein einfaches und attraktives, arbeitnehmer- und bürgerfreundliches Preissystem einzuführen mit dem Ziel, die Bahn als umwelt- und klimafreundliches Verkehrsmittel zu stärken und deutlich mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern.</p> <p>45 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Bahn von der Mehrwertsteuer auf Dieselmotoren zu befreien.</p> <p>Alle SPD-Gliederungen werden aufgefordert, zusammen mit den DGB-Gewerkschaften, Fahrgastverbänden wie „Bahn für alle“, Umweltorganisationen wie NaturFreunde, BUND, Robin Wood sowie globalisierungskritischen Organisationen wie attac eine breit angelegte Kampagne gegen die Privatisierung der Bahn und gegen den Ausverkauf des öffentlichen Eigentums zu führen.</p> <p>50 Die AfA stellt fest: Die Bahn und das öffentliche Eigentum dürfen nicht dem privaten Profitinteresse ausgeliefert werden. Die Bahn und das öffentliche Eigentum haben der Bevölkerung zu dienen und nicht eine kleine Minderheit von Kapital- und Finanzinvestoren zu bereichern.</p>	
<p>60</p>	
<p>65</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Antrag W 30</p> <p><i>Antragsteller: Bezirk Weser-Ems</i></p> <p>5 Bahnprivatisierung</p> <p>Wir fordern die Mitglieder des Bundestages auf, jede Form der</p> <p>10 Bahn-Privatisierung abzulehnen und sich stattdessen für eine gute Bahn in öffentlicher Hand einzusetzen.</p> <p>Begründung:</p> <p>15 Eine Privatisierung der Bahn, ob mit oder ohne Schienennetz, ist völlig ungeeignet, einen bürgernahen und verlässlichen Bahnverkehr zu vernünftigen Preisen zu gewährleisten. Die Bahn ist ein Hebel zur klimafreundlichen Verkehrspolitik, den die öffentliche Hand nicht abgeben darf.</p> <p>20 Die Folgen der Bahn-Privatisierung sieht man anderswo, beispielsweise in Großbritannien und Argentinien: zahllose Streckenstilllegungen, explodierende Preise, Massenentlassungen und Fahrplanchaos. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und darf nicht von Renditejägern ausgeschlachtet werden. Denn es geht auch anders: Die Schweiz bietet das beste Beispiel für eine gut funktionierende und bürgernahe Bahn in öffentlicher Hand.“</p>	<p>Erledigt bei Annahme von W 28</p>
<p>30 Antrag W 31</p> <p><i>Antragsteller: Landesverband Berlin</i></p> <p>35 Keine Privatisierung der Bahn</p> <p>„Die AfA lehnt die Privatisierung der Bahn ab! Sie weist entschieden jeden Versuch zurück, über Holding-Modelle oder Teilprivatisierungen doch noch den Weg zur Privatisierung der Bahn zu öffnen und fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, jede Privatisierungsmaßnahme abzulehnen.</p> <p>40 Netz und Betrieb der Bahn gehören als Teil der Öffentlichen Daseinsvorsorge voll in die staatliche Trägerschaft. Nur so kann die Bahn dem vom Grundgesetz gebotenen Infrastruktur-Auftrag gerecht werden.“</p> <p>Begründung:</p> <p>50 Die Delegierten des SPD-Bundesparteitags waren in ihrer Mehrheit entschieden gegen die Privatisierung der Bahn. Damit haben sie dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung sowie der SPD-Mitglieder entsprochen, wie er auf vielen Landes- und Unterbezirksparteitagen und Ortsvereinen in entsprechenden Beschlüssen zum Ausdruck kam. Ebenso haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich abgelehnt. „Im Interesse der Beschäftigten der DB AG und einer nachhaltigen Entwicklung des Verkehrssektors fordert der DGB, dass die DB AG als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem</p> <p>60 Eigentum verbleibt.“ Hunderttausende von Berufspendlern und Reisenden machen schon jetzt ihre Erfahrungen mit dem täglichen Chaos von Verspätungen, Zugausfällen und Personalmangel, die in der Vorbereitung des Börsengangs der Bahn zur Regel geworden sind. Die Bahnreform von 1994, d.h. die Umgestaltung des Eisenbahnwesens in „Wirtschaftsunternehmen in privatrechtlicher Form“, orientiert auf den Wettbewerb – also auch auf Gewinnerzielung –, hat zu Arbeitsplatzvernichtungen, Schließungen, Auslagerungen, Teilprivatisierungen und Lohnkürzungen für die Beschäftigten geführt.</p> <p>40</p>	<p>Erledigt bei Annahme von W 28</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Die Privatisierung bedroht nicht nur die Bahn sondern auch die Gewerkschaften, die in eine Zersplitterung getrieben werden, die bis dato unbekannt war. Der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind durch die Privatisierung bedroht! So warnt der Beschluss des 5 Landesparteitags der SPD- Brandenburg „Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt, welche Einflussmöglich- keiten der Bund als Eigentümer eines teilprivatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall Telekom nicht so rentabel ist, 10 wie vom Management erwartet, wird sofort mit einem Kahlschlag reagiert“. Es ist offensichtlich: Die Regierung der großen Koalition, die am 24. Juli 2007 ihren Gesetzentwurf zur Privatisierung der Bahn beschlossen hatte, gehorcht nur einem „Mandat“, nämlich dem der 15 EU-Kommission in Brüssel, die mit ihren Vorgaben die Privatisierung des Öffentlichen Dienstes betreibt.</p> <p>Die Bahn ist öffentliches Eigentum, sie gehört dem Volk, sie darf nicht an der Börse verramscht werden!</p>	
<p>20 Antrag W 32</p> <p><i>Antragsteller: Landesverband Berlin</i></p>	<p>Erledigt bei Annahme von W 28</p>
<p>25 <i>Keine Privatisierung der Bahn</i></p> <p>30 Die AfA lehnt die Privatisierung der Bahn ab! Sie weist entschieden jeden Versuch, über Holding-Modelle oder Teilprivatisierungen doch noch den Weg zur Privatisierung der Bahn zu öffnen und fordert die SPD-Bundestagsabgeordneten auf, jede Privatisierungsmaßnahme abzulehnen.</p> <p>35 Die Bahn gehört als ein Teil des großen staatlichen öffentlichen Dienstes voll in die staatliche Verantwortung und in die vollständige Finanzierung durch den Bund. Nur so kann die Bahn den vom Grundgesetz gebotenen Infrastruktur-Auftrag erfüllen.</p> <p>40 <i>Begründung:</i></p> <p>Die Delegierten des SPD-Bundesparteitags waren in ihrer Mehrheit entschieden gegen die Privatisierung der Bahn. Damit haben sie dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung sowie der SPD- 45 Mitglieder entsprochen, wie er auf vielen Landes- und Unterbezirks- parteitagen und Ortsvereinen in entsprechenden Beschlüssen zum Ausdruck kam</p> <p>Ebenso haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Ka- pitalprivatisierung der Deutschen Bahn AG grundsätzlich abgelehnt.</p> <p>50 „Im Interesse der Beschäftigten der DB AG und einer nachhaltigen Entwicklung des Verkehrssektors fordert der DGB, dass die DB AG als integriertes Unternehmen vollständig in öffentlichem Eigentum verbleibt.“</p> <p>Hunderttausende von Berufspendlern und Reisenden machen schon 55 jetzt ihre Erfahrungen mit dem täglichen Chaos von Verspätungen, Zugausfällen und Personalmangel, die in der Vorbereitung des Bör- sengangs der Bahn zur Regel geworden sind</p> <p>Die Bahnreform von 1994, d.h. die Umgestaltung des Eisenbahnwesens in „Wirtschaftsunternehmen in privatrechtlicher Form“, orientiert auf den Wettbewerb - also auch auf Gewinnerzielung-, hat zu Arbeitsplatz- vernichtungen, Schließungen, Auslagerungen, Teilprivatisierungen und Lohnkürzungen für die Beschäftigten geführt.</p> <p>Die Privatisierung bedroht nicht nur die Bahn sondern auch die Gewerkschaften, die in eine Zersplitterung getrieben werden, die bis 65 dato unbekannt war. Der Flächentarifvertrag und die Tarifautonomie sind durch die Privatisierung bedroht!</p> <p>So warnt der Beschluss des Landesparteitags der SPD- Brandenburg „Der aktuelle Tarifkonflikt bei der Deutschen Telekom AG hat gezeigt,</p>	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 welche Einflussmöglichkeiten der Bund als Eigentümer eines teilpri- vatisierten, ehemals im Bundesbesitz befindlichen Unternehmens noch hat. Wenn eine Sparte eines großen Konzerns wie im Fall Telekom nicht so rentabel ist, wie vom Management erwartet, wird sofort mit 5 einem Kahlschlag reagiert“ Es ist offensichtlich: Die Regierung der großen Koalition, die am 24. Juli 2007 ihren Gesetzentwurf zur Privatisierung der Bahn beschlossen hatte, gehorcht nur einem „Mandat“, nämlich dem der EU-Kommission in Brüssel, die mit ihren Vorgaben die Privatisierung 10 des öffentlichen Dienstes betreibt.</p> <p>Die Bahn ist öffentliches Eigentum, sie gehört dem Volk, sie darf nicht an der Börse verramscht werden!</p> <p>15</p> <p>Antrag</p> <p>20</p> <p>25</p> <p>30</p> <p>35</p> <p>40</p> <p>45</p> <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	<p style="text-align: center;">1</p>

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission
<p>1 Worum es geht unterstreichen die Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände aus Dänemark, Deutschland, Portugal und Slowenien in einer gemeinsamen Position. „Europas Arbeitsmärkte modernisieren“ Sie fordern „ein einfaches, transparentes und berechenbares Arbeitsrecht...; eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die auf eine frühzeitige und ausreichende Aktivierung Arbeitsloser... ausgerichtet ist; nachhaltig finanzierbare soziale Sicherungssysteme...; moderne und lebenslange Weiterbildungsformen, die die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen... fördern.“ Sie verbinden dies mit der „Modernisierung der Arbeitsmärkte“ und der „Tarif- und Wettbewerbspolitik“.</p> <p>10 Die Verschärfung der Hartz-Gesetze, die weitere Aushöhlung der Sozialsysteme, das Schleifen der Tarifverträge wird so Bestandteil der „Einzelstaatlichen Maßnahmen“, deren „Gestaltung, Durchführung und Überwachung“ die Sozialpartner begleiten sollen.</p> <p>15 Der DGB stellte im Vorfeld der Sozialministertagung eine „Schieflage“¹ fest. Der ÖGB² kommt zu dem Ergebnis: „Der Kündigungsschutz soll also europaweit ... geopfert werden... Wie das hier propagierte Job-Hopping, das erfahrungsgemäß meist zu schlecht bezahlten, ungeschützten Beschäftigungen führt, das Sicherheitsgefühl der Arbeitnehmer beflügeln sollte, wird nicht erklärt.“ Der DGB: „Ein einseitiger Flexibilisierungsdruck auf das Arbeitsrecht vonseiten der EU-Kommission ... bedient primär die kurzfristigen Interessen von Unternehmern, die künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose bzw. Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeiter zunehmend gegeneinander ausspielen können. Das unterminiert nationale tarifpolitische Anstrengungen.“</p> <p>20 Die Analyse der Gefahren, die dem jeweiligen nationalen Arbeitsrecht, den sozialen Sicherungs- und Tarifvertragssystemen drohen, ist eindeutig.</p> <p>30</p>	
<p>Antrag W 34</p> <p>35 Antragsteller: Landesverband Hamburg</p>	<p>Annahme und Weiterleitung an: SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion</p>
<p>Arbeit und Soziales: Gewerkschaftsklage</p> <p>40 Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion und die Gesetzgeber:</p> <p>45 Es wird geprüft, ob ein Verbandsklagerecht eingeführt werden soll und wie es den Gewerkschaften ermöglicht werden kann, vor dem Arbeitsgericht für ArbeitnehmerInnen Gewerkschaftssammelklagen einzureichen.</p> <p>Die Fachbehörden sollen hierzu alle sinnvollen Anwendungsfälle prüfen und deren Umsetzung ermöglichen.</p> <p>50 Begründung:</p> <p>Für die Möglichkeit, GewerkschafterInnen durch die Gewerkschaft vor dem Arbeitsgericht vertreten zu lassen, sprechen z. B. folgende Beispiele</p> <p>55 – bei der Wahrung von Interessen der Rückkehrer aus den Asklepioskliniken in den Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg, könnte die gemeinschaftliche Klage durch die Gewerkschaften tausende von Einzelklagen ersetzen und Gerichte sowie Steuerzahler entlasten.</p> <p>60 – im Zusammenhang mit Gleichstellung und Antidiskriminierung bietet die Gewerkschaftsklage Vorteile.</p> <p>– ebenso bei prekären oder rechtswidrigen Beschäftigungsverhältnissen.</p> <p>65 ¹ vgl. Kaufmann/Schwan: Flexicurity auf Europas Arbeitsmärkten – Der schmale Grat zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit. In: Internationale Politikanalysen, FES, 11/2007. ² vgl. EU-NEWS 29.11.2007</p>	